



Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben im Verfahren gemäß § 4 Abs. 2 BauGB nachstehende Stellungnahmen vorgetragen:

2	EWR Netz GmbH	01.06.2023
Stellungnahme		Abwägungsempfehlung
I.	<p>vielen Dank für das oben genannte Schreiben, das wir zur Kenntnis genommen haben.</p> <p>Von unserer Seite bestehen keine Bedenken gegen die vorliegende Planung oder Baumaßnahme.</p> <p>Zurzeit sind in diesem Planungs-/Baubereich keine Netzausbauarbeiten geplant oder in der Ausführung.</p>	Kenntnisnahme.
II.	Bei Kreuzungen oder Näherungen zu Anlagen der EWR Netz GmbH ist entsprechende Rücksicht zu nehmen. Die genaue Lage der	Kenntnisnahme. Die Begründung wurde dahingehend im Kapitel „4.5 Leitungen“ ergänzt. Aufgrund



	<p>Leitungen ist durch Handschachtung festzustellen. Die nachstehenden oder in den Plänen angegebenen Schutzstreifen oder Mindestabstände sind zu beachten.</p> <p>Die Schutzstreifen sind von jeglicher Bebauung und Bepflanzung mit Bäumen oder tiefwurzelnden Sträuchern freizuhalten. Vorstehende Tätigkeiten innerhalb der Schutzstreifen sind der EWR Netz GmbH anzuzeigen und Schutzmaßnahmen mit der EWR Netz GmbH abzustimmen.</p> <p>Zur Vermeidung gegenseitiger Beeinflussung dürfen die nachstehenden Mindestabstände bei der Verlegung von Leitungen ohne Sondermaßnahmen nicht unterschritten werden. Die Sondermaßnahmen sind mit der EWR Netz GmbH abzustimmen.</p> <p>Darüber hinaus dürfen keine Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand, den Betrieb oder die Unterhaltung der Leitungen beeinträchtigen oder gefährden.</p> <p>Wir verweisen auch auf behördliche Festlegungen, die einschlägigen Vorschriften und anerkannten Regeln der Technik.</p> <p>Für Schäden, die auf eine Missachtung der vorstehenden Vorgaben beruhen, haftet der Verursacher.</p>	<p>der Satzungsaufhebung ist dieser Sachverhalt zukünftig auf Ebene der Baugenehmigung zu berücksichtigen.</p>
<p><u>Beigefügte Pläne:</u></p> <p>Niederspannungskabelplan Straßenbeleuchtungskabelplan Mittelspannungskabelplan mit Steuerkabel Mittelspannungsfreileitungsplan Gas- und Wasserbestandsplan mit - Wassertransportleitung (Kennz. HW) - Wasserverteilungsleitung (Kennz. VW) - Gas Hochdruckleitung (Kennz. HGD) - Gas Mitteldruckleitung (Kennz. VGM) - Gas Niederdruck (Kennz. VG)</p>	<p><u>Mindestabstand / lichter Abstand</u></p> <p>0,2 m 0,2 m 0,2 m  10 m 1,5 m 0,4 m 1,5 m 0,4 m 0,4 m</p>	<p><u>Schutzstreifen beiderseits Leitungsmitte</u></p> <p>    5 m 5 m 3,0 m 1,5 m</p>



III.	Bauunternehmungen sind anzuweisen, vor Baubeginn aktuelle Be- standspläne schriftlich anzufordern oder bei uns abzuholen und mit der zuständigen Betriebsstelle der EWR Netz GmbH Kontakt aufzu- nehmen.	Kenntnisnahme. Die Begründung wurde dahinge- hend im Kapitel „4.5 Leitungen“ ergänzt. Aufgrund der Satzungsaufhebung ist dieser Sachverhalt zu- künftig auf Ebene der Baugenehmigung zu berück- sichtigen.
IV.	Für die Verlegung von unterirdischen Versorgungsleitungen sind die in DIN 1998 vorgesehenen Trassenräume freizuhalten.	Kenntnisnahme. Es sind infolge der Bebauungs- planaufhebung keine neuen Straßenbaumaßnah- men geplant.
V.	Bei Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und Hecken ist zu den Leitungsstrassen ein Abstand von 2,50 m einzuhalten, damit einerseits Beschädigungen der Leitungen durch Wurzeldruck und Bodenaus- trocknung und andererseits Beeinträchtigungen der Bepflanzung, z. B. bei erforderlichen Tiefbauarbeiten, vermieden werden. Sollte die- ser Abstand bei der Anpflanzung unterschritten werden, so sind tech- nische Schutzmaßnahmen in gegenseitigem Einvernehmen - spätes- tens im Rahmen der Pflanzarbeiten - notwendig.	Kenntnisnahme. Die Begründung wurde dahinge- hend im Kapitel „4.5 Leitungen“ ergänzt. Aufgrund der Satzungsaufhebung ist dieser Sachverhalt zu- künftig auf Ebene der Baugenehmigung zu berück- sichtigen.
VI.	Raumbedeutsame Maßnahmen sind von unserer Seite in den nächs- ten Jahren nicht vorgesehen. Nach Inkrafttreten des Bebauungspla- nes gemäß § 10 BauGB bitten wir Sie, uns den Eintritt der Rechtsver- bindlichkeit des Bebauungsplanes bekannt zu geben.	Kenntnisnahme. Der Bebauungsplan wird lediglich aufgehoben. Ein neuer Bebauungsplan tritt nicht in Kraft.
VII.	Die Kosten für Leitungssicherungsmaßnahmen oder Umlegungen vorhandener Leitungen werden gemäß dem Verursachungsprinzip dem Verursacher in Rechnung gestellt, soweit keine vertraglichen oder sonstigen Festlegungen anderweitige Regelungen vorgeben.	Kenntnisnahme. Die Begründung wurde dahinge- hend im Kapitel „4.5 Leitungen“ ergänzt. Aufgrund der Satzungsaufhebung ist dieser Sachverhalt zu- künftig auf Ebene der Baugenehmigung zu berück- sichtigen.
VIII.	Aussagen zur Tiefenlage der EWR-Leitungen sind nicht möglich, da nach der Legung der Leitungen das Höhenniveau des Geländes eine Veränderung durch Auf- oder Abtrag erfahren haben kann. Im Zuge des Abstimmungsverfahrens bzw. der Vorkoordination sind Such- schachtungen im Bereich der EWR-Leitungen herzustellen, um die genaue Tiefenlage festzustellen. Aufgrund dieser Erkenntnisse	Kenntnisnahme. Die Begründung wurde dahinge- hend im Kapitel „4.5 Leitungen“ ergänzt. Aufgrund der Satzungsaufhebung ist dieser Sachverhalt zu- künftig auf Ebene der Baugenehmigung zu berück- sichtigen.



	können notwendige Arbeiten wie Leitungssicherung, Leitungsumlegungen oder andere erforderliche Arbeiten definiert, koordiniert und notwendige Aufwendungen und Bauzeiten kalkuliert werden.	
<b>Redaktionelle Änderung der Begründung. Kein Beschluss erforderlich.</b>		